

Presseinformation

Wer entscheidet über Bildung?

Einladung zum Pressegespräch mit Projektleiter Prof. Dr. Andreas Walther (Goethe-Universität Frankfurt am Main) zu Ergebnissen des EU-Projekts „Governance of Educational Trajectories in Europe“ (GOETE) - 20.3.2013, 10.00, Campus Westend, PEG, 4. OG, R. 186

- **Bildungsentscheidungen** sind das Ergebnis komplexer Aushandlungsprozesse. Sie sind keine Einzelentscheidungen von Schülern und ihren Eltern, noch des Bildungssystems.
- **Schüler** sind vor allem daran interessiert, sich Wahlmöglichkeiten für später zu erhalten und wehren sich gegen frühzeitige Anpassung an „realistische“ Bildungs- und Berufsziele
- **Eltern und Freunde** sind für Schüler wichtigere Unterstützungsquellen als Lehrer und Schulsozialarbeiter, aber Eltern fühlen sich vom Schulsystem nicht ernst genommen.
- **Lehrkräfte** sind auf eine Rolle als Bildungsbegleiter und -berater nicht vorbereitet
- **Durchlässigkeit, flexible Unterstützung und höhere Bildungsausgaben** sind das Erfolgsrezept der inklusiven Bildungssysteme in Finnland und Slowenien
- **Bildungspolitik verliert zunehmend an Einfluss.** Die Regulierung von Bildungssystemen erfolgt zunehmend durch das komplexe Wechselspiel vielfältiger Akteure, das durch ideologische Diskurse gesteuert wird.
- **Wettbewerb, Kooperation und lokale Netzwerke** gewinnen zunehmend an Bedeutung

Bildung ist verstärkt Thema öffentlicher Diskussionen und ein zunehmend umkämpfter gesellschaftlicher Wert. Das Forschungsprojekt *Governance of Educational Trajectories in Europe* (GOETE) fragt deshalb, wie Bildungsverläufe von Kindern und Jugendlichen in Europa zustande kommen und wie zugrunde liegende Bildungsentscheidungen getroffen werden, d.h.:

- Wie werden Zugänge zu Bildung geregelt?
- Wie gelingt es Schülern die Anforderungen der Schule zu bewältigen?
- Wie wird ausgehandelt, was Bildung bedeutet und welche Bildung wofür gut ist?

GOETE wurde zwischen 2010 und 2013 von der EU-Kommission mit 2,7 Millionen Euro gefördert. Beteiligt waren Forscher aus Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Polen und Slowenien. Mittels Fragebogenerhebungen und Interviews wurden über 12.000 Schüler und Schülerinnen, Eltern, Lehrkräfte und andere Experten befragt. Im Zentrum standen die Bildungsverläufe von Kindern und Jugendlichen (10-16 Jahre) zwischen dem Ende der Grundschule und dem Beginn einer weiterführenden Bildung.

Internationale Konferenz zum Thema *“Youth and Educational Disadvantage”*

am 21. März 2013, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Casino Campus Westend;
Programm & Informationen: www.goete.eu; **Anmeldung & Fragen:** coordination@goete.eu

Anlass und Ziele der Studie

Seit den PISA-Studien ist Bildung verstärkt ein Thema in der öffentlichen Diskussion, in Wahlkämpfen oder Bildungstreiks. Sie ist präsent in Debatten um den Ausbau von Ganztagsangeboten, die Zukunft der Hauptschule oder die „Ausbildungsreife“ von Jugendlichen, aber auch in Sorgen um zunehmende Belastungen für Schüler genauso wie Lehrkräfte. Arbeitslosigkeit von Jugendlichen oder Bildungsabbrüche weisen darauf hin, dass der Wert von Bildung nicht für alle selbstverständlich ist.

Während sich aktuelle Bildungsforschung häufig auf die von Schülern erreichten Abschlüsse oder Kompetenzen konzentriert, untersucht das GOETE-Projekt, wie Bildungsverläufe von Kindern und Jugendlichen in Europa zustande kommen. Im Zentrum der Studie stehen vor allem Kinder und Jugendliche, die als sozial ‚benachteiligt‘ gelten. Ein zentraler Gegenstand sind die Übergänge, die sie zwischen dem Ende der Grundschule und dem Beginn einer Berufsausbildung oder allgemeinbildenden Oberstufe durchlaufen. Der Vergleich von Ländern mit anderen Bildungs- und Sozialsystemen soll Impulse für zukünftige Reformen geben.

Ergebnisse im Überblick

„Alle haben auf mich eingeredet und so hab ich das halt entschieden.“ (Schülerin Slowenien)

Bildungsentscheidungen werden weder von Schülern und ihren Eltern noch durch das Bildungssystem allein getroffen, sondern sind Ergebnis komplexer Aushandlungsprozesse. An diesen sind außer Lehrkräften, Beratern und Sozialarbeitern sowie den Gleichaltrigen auch Politik und Verwaltung, Wirtschaftsvertreter und Medien beteiligt.

→ Berufsorientierung in der Schule muss Jugendlichen mehr Raum und Zeit geben. Sie müssen sich mit den Perspektiven aller beteiligten Akteure auseinandersetzen und dennoch ohne Druck entscheiden können.

Wünsche der Schüler: 71% der befragten Jugendlichen wollen nach der Sekundarstufe 1 weiter zur Schule gehen. In Deutschland sind es sogar 75%, obwohl das dreigliedrige Schulsystem den meisten von ihnen diese Möglichkeit vorenthält. Den Jugendlichen geht es vor allem darum, sich zukünftige Wahlmöglichkeiten offen zu halten. Sie wehren sich deshalb gegen die frühzeitige Anpassung an „realistische“ Bildungs- und Berufsziele.

→ Versuche von Jugendlichen Berufsentscheidungen aufzuschieben müssen als legitime Teilhabeansprüche anerkannt werden. Kompetenzwerte und Vermittlung in bestimmte (Aus)Bildungsgänge dürfen nicht alleinige Erfolgskriterien von Berufsorientierung sein.

„Die sollten uns fragen, was wir werden möchten, uns ermutigen.“ (Schülerin, Deutschland)

Wenig Vertrauen in formelle Unterstützung: 79% aller befragten Jugendlichen suchen Unterstützung in schulischen Fragen primär bei Familienangehörigen und Freunden, nur 18% bei Lehrkräften, Schulberatern oder Sozialarbeitern. Eine Anerkennung ihrer subjektiven Wünsche und Pläne ist ihnen genauso wichtig wie umfangreiche Information. Gleichzeitig fühlen sich Eltern, besonders mit Migrationshintergrund, von Schulvertretern in ihren Erziehungsbemühungen nicht ernst genommen.: *„Ich frage mich, warum diese Kinder alle in den gleichen Sack gesteckt werden ... Es heißt mein Sohn sei nicht erzogen. Das gestehe ich Schule*

nicht zu. Im Gegenteil, meine Erziehung scheitert an der Schule.“ (Mutter, Deutschland) Sie können es der Schule kaum recht machen: „Wenn manche Eltern präsenter wären, manche dagegen abwesend, würden sie es uns erheblich leichter machen.“ (Schulleitung, Italien)

→ Unterstützungsmaßnahmen müssen die individuellen Ansprüche und Bedürfnisse von Schülern anerkennen. Dazu müssen Vertrauensbeziehungen geschaffen und bestehende Vertrauenspersonen besser in die Unterstützung eingebunden werden.

“Ich bin Wissensvermittler. Wir sind nicht dafür ausgebildet mit diesen schwierigen Kids umzugehen.“ (Lehrerin, Deutschland)

Die **Ausbildung der Lehrkräfte ist unvollständig**, was ihre Rolle als Bildungsbegleiter und -berater sowie die individuelle Förderung in Klassen mit Schülern unterschiedlicher Herkunft betrifft. Die Klage vieler Lehrer „mehr Sozialarbeit als Unterricht“ zu machen, verweist auf die Unterausstattung an Schulen, aber auch auf den niedrigeren Status von Schulsozialarbeit.

→ Lehrerbildung muss mehr Wissen über Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen sowie Beratungskompetenzen vermitteln. Schulsozialarbeit muss ausgebaut und aufgewertet werden.

Durchlässigkeit, flexible Unterstützung und höhere Bildungsausgaben: Nicht nur in *Finnland*, sondern etwa auch in *Slowenien* haben Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien bessere Bildungschancen als in Deutschland. Bis zum Ende der Sekundarstufe 1 sind keine schulischen Übergänge zu bewältigen, alle weiterführenden Bildungsgänge führen zur Hochschulreife und in Schulen bestehen vielfältige Beratungs- und Unterstützungsangebote. Außerdem wird Bildungspolitik durch umfassende sozialpolitische Maßnahmen unterfüttert.

→ Bildungschancen für alle Jugendlichen erfordert besonders in Deutschland die Verringerung von Übergängen, den Abbau von Selektion, flexible Unterstützungsangebote sowie höhere Bildungsausgaben

Die **Regulierung von Bildungssystemen** erfolgt zunehmend durch das komplexe Wechselspiel vieler Akteure und immer weniger durch staatliche Bildungspolitik. Arbeitgeber machen „Ausbildungsreife“ zum Bildungsziel, internationale Organisationen geben den Leistungswettbewerb als Mittel der Qualitätssicherung vor, Kommunen mischen sich immer stärker ein, Schulen und Träger der Jugendhilfe kooperieren und konkurrieren gleichzeitig um Fördermittel. Steuerung erfolgt zunehmend durch **ideologische Diskurse** (Lebenslanges Lernen, Kompetenz, Bildungsferne, Humankapital, Ausbildungsreife, Autonomie, Aktivierung).

→ Bildungspolitik muss einen Dialog über Bildung ermöglichen. Besonders Schüler und Eltern brauchen Räume und Rechte für Beteiligung an Entscheidungen über Bildung.

Projektleitung: Prof. Dr. Andreas Walther

Koordination: John Litau und Dr. Marcelo Parreira do Amaral

Goethe-Universität Frankfurt am Main, Sozialpädagogische Forschungsstelle am Fachbereich Erziehungswissenschaften, PEG, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main

Tel.: 069 798 23778/23697 (ab 11.3.: 069 798 36410/36419)

E-Mail: coordination@goete.eu, Projekthomepage: www.goete.eu